



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 04.03.2013

Beginn: 17:35 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 29 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Bode

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Frau Stadträtin Sonntag

Herr Stadtrat Späh

Herr Stadtrat Walter

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Zügel

Ab TOP 6

entschuldigt:

Herr Stadtrat Brenner
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Heinkele
Herr Stadtrat Kolesch
Herr Stadtrat Pfender

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait Ab TOP 6
Herr Kopf, Hochbauamt
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Kuhlmann
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Morczinietz, Amt für Bildung, Betreuung und Sport
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer
Frau Schuster, Bauverwaltungsamt Bis TOP 9
Herr Simon, Hauptamt
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Ab TOP 9
Herr Walz, Gebäudemanagement
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Weiterentwicklung der Schulkindbetreuung und Erweiterung des Hortangebotes - Antrag der CDU-Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen	24/2013
3.	Neubau Räumliches Bildungszentrum Beschränkter Wettbewerb "Kunst am Bau" Wettbewerbsergebnis und weiteres Vorgehen	18/2013
4.	Förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets "Innenstadt Südwest"	10/2013
5.	Aufstellung des Bebauungsplanes "Zeppelinring Ost III"	11/2013
6.	Neubesetzung des Hauptausschusses	12/2013
7.	Neufestsetzung des kalkulatorischen Zinssatzes bei der Stadt Biberach	3/2013
8.	Gebäudesanierungskataster - Ergebnisse der Bestandsaufnahme 2012	17/2013
9.	Ausschreibung der Stelle Wirtschaftsförderung und Amtsleitung Liegenschaftsamt	28/2013
10.1.	Bekanntgaben - Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses	7/2013
10.2.	Bekanntgaben - Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen der Gemeinderatsfraktionen	37/2013
11.1.	Verschiedenes - Harlem Shake	
11.2.	Verschiedenes - Windenergie	

Die Mitglieder wurden am 26.02.2013 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 27.02.2013 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen möchten.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 24/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 25.02.2013.

StR Abele zeigt sich erfreut über die Vorlage mit der Botschaft, dass genügend Parkplätze geschaffen würden. Er dankt der Verwaltung und den zuständigen Dezernenten. Die CDU-Fraktion habe sich intensiv mit Eltern auseinandergesetzt und im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Ausdehnung beantragt. Die Verwaltung habe auch im Sommer bei der flexiblen Nachmittagsbetreuung gemeinsam mit dem Gemeinderat gezeigt, dass schnell gehandelt werden könne. Wunsch der CDU-Fraktion wäre auch ein Angebot der Braith-Schule an der Pflugschule gewesen, die Verwaltung habe aber dargelegt, dass dies nicht funktioniere. Die CDU-Fraktion bitte jedoch darum, das Thema weiterzuverfolgen.

Was Birkendorf betreffe gelte der Schulleitung besonderer Dank, die sich engagiert eingebracht und für eine schnelle, praktikable Lösung eingesetzt habe. Das Amt für Bildung, Betreuung und Sport bitte man, die Entwicklungszahlen nachvollziehbar darzulegen. Das Amt sei aufgefordert, weitere Lösungen zu suchen. Der Bedarf an Schul- und Hortbetreuung müsse kontinuierlich betrachtet werden, um rechtzeitig reagieren zu können und in Zukunft Härtefälle zu vermeiden. Zu regeln sei auch die Geschwisterkindregelung und zwar nicht nur aus pädagogischer Sicht, sondern auch der familiäre Hintergrund müsse betrachtet werden. Dies stellte einen weiteren Schritt Richtung Durchgängigkeit in der Kinder- und Schulbetreuung dar, die ein politisches Muss sei. Die Kosten und der weitere Bedarf würden daher künftig eher steigen. Er bezeichnet es als gut, dass verschiedene Angebote bestünden und so den Elternwünschen entsprochen werden könne, was die Kinderbetreuung betreffe. Die flexible Nachmittagsbetreuung müsse noch fortgeschrieben und evaluiert werden.

Die vermittelte Botschaft bezüglich der Teilorte, die nach Meinung der Verwaltung nicht entwickelt werden sollten, teile die CDU-Fraktion zunächst nicht. Beim Thema sei Flexibilität erforderlich. Sollte daher ein Bedarf bestehen, müsse dieser geprüft und dürfe nicht kategorisch abgelehnt werden. Er bezeichnet es als Glücksfall für die Stadt, dass die erforderlichen überplanmäßigen Ausgaben von der Stadt geschultert werden könnten.

StRin Kübler bemerkt, die Erweiterung des Hortplatzangebotes sei ureigenste Forderung der SPD-Fraktion, weshalb diese der Vorlage zustimmen werde. Sie zeigt sich erfreut, dass die anderen Fraktionen die Dringlichkeit auch erkannt hätten, die von der SPD-Fraktion seit 2009 gesehen werde und immer wieder im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beantragt worden sei. Es sei eine Grundsatzdiskussion für das Jahr 2010 von EBM Wersch zugesagt worden, die noch immer ausstehe. Sie bezeichnet dies als unverständlich, zumal von Herrn EBM Wersch als "Herr der Krippen". Die SPD-Fraktion akzeptiere Hinweise auf den demografischen Wandel und daraus abgeleitete sinkende Kinderzahlen nicht. Vielmehr seien gesellschaftliche Veränderungen auch in Biberach angekommen und ein Ausbau der Betreuungsangebote erforderlich, denn die Entscheidung für ein Kind falle Eltern leichter, wenn die Rahmenbedingungen stimmig seien. Auch der vor zwei Jahren erstellte Familienbericht und die Sozialraumanalyse zeigten deutlich einen Bedarf auf, es sei aber nicht rechtzeitig hierauf reagiert worden. Nun habe man ad hoc Zwischenlösungen gefunden, ohne Gesamtlösungen zu haben, von denen man noch weit entfernt sei. Auch sie dankt

der Birkendorf-Grundschule für ihren Einsatz und mahnt an, die Standortdiskussion für die Schule zügig zu führen und dabei die Vertreter der Stadt, der Schulen, die Eltern, die Politik und Institutionen wie die Sprachheilschule zu beteiligen. Auch die Frage dezentraler Krippenplätze müsse in diese Diskussion einfließen.

StRin Goeth meint, berufstätige Eltern wollten und benötigten nach Krippen- und Hortangeboten eine Betreuung in den Grundschulen für ihre Kinder. Diese Aufgabe werde Politik und Verwaltung sicher noch mehrere Jahre beschäftigen, da der Trend zu berufstätigen Eltern auch im konservativen Oberschwaben angekommen sei.

Sie fragt, wie mit auswärtigen Kindern umgegangen werde, deren Eltern in Biberach arbeiteten, wenn es um die Vergabe von Hort- und Krippenplätzen gehe.

Sie prognostiziert, dass man sich auf erheblich steigende Personalkosten einstellen müsse, wobei die Elternbeiträge die Kosten bei weitem nicht abdeckten, weshalb der Verwaltungshaushalt belastet werde.

StR Späh meint, in der Thematik sei viel Bewegung und man müsse sich dem Bedarf an Eltern und Kindern stellen. Die Elternabfrage bezeichnet er als wichtig, da sie gezeigt habe, dass Bedarf bestehe und reagiert werden müsse, was nun erfolge. Da die Lösung an der Birkendorf-Grundschule nur eine Zwischenlösung sei, solle nur das Nötigste umgebaut werden, ehe die Standortfrage der Schule geklärt sei, was sicher demnächst zur Beratung anstehen werde. Was Hortangebote in den Teilorten betreffe, seien die Grünen offen und plädierten für möglichst flexible Lösungen.

StR Braig führt aus, die Themen Bildung und Betreuung und die Substanzerhaltung seien für die FDP-Fraktion wesentlich und daher seien sie auch dafür, für diese Aufgaben Geld auszugeben und dafür eher an anderer Stelle zu sparen. Man wisse auch, dass Sachkosten auch Personalkosten auslösten. Die Vorlage bilde den aktuellen Bedarf ab und die Anträge seien sachgerecht. Man müsse das Thema im Auge behalten. Die FDP-Fraktion stimme zu.

Auch OB Zeidler meint, es handle sich um ein Dauerthema und man müsse Entwicklungen frühzeitig beobachten und flexibel bleiben. Er dankt dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport für die Begleitung und Schulleiter Bott für die gute Kommunikation und Unterstützung.

Herr Morczinietz trägt vor, man versuche jedem Antrag gerecht zu werden und habe erstmals Vergabekriterien eingeführt, die in der Vorlage dargelegt seien. Danach stünden Auswärtige am Ende der Zuteilung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Den Ausführungen zur Weiterentwicklung der Schulkindbetreuung und der Erweiterung des Hortangebotes zum Beginn des Schuljahres 2013/14 in Drucksache Nr. 24/2013 wird zugestimmt.**
- 2. Für die Einrichtung einer weiteren Hortgruppe an der Birkendorf-Grundschule werden 2,20 zusätzliche Planstellen ab September 2013 genehmigt (Kosten: 33.000 Euro).**
- 3. Der Erhöhung der Stelle der hauswirtschaftlichen Mitarbeiterin für den Hort in der Birkendorf-Grundschule wird zum Beginn des Schuljahres 2013/14 von 22,43 % um 6,40 % auf 28,83 % zugestimmt (Kosten: 700 Euro).**

4. Für die Einrichtung einer weiteren Hortgruppe als Kleingruppe (10 Plätze) an der Gaisental-Grundschule werden 1,24 zusätzliche Planstellen ab September 2013 genehmigt (Kosten: 18.600 Euro). Sofern auf Grund zusätzlicher Anmeldungen die Kleingruppe an der Gaisental-Grundschule auf eine Regelgruppe aufgestockt werden muss, werden für die Regelgruppe ebenfalls insgesamt 2,20 Stellen genehmigt (Kosten: 33.000 Euro).
5. Für die Einrichtung von 2 zusätzlichen Betreuungsgruppen im Rahmen der Verlässlichen Grundschule (1 x Birkendorf-Grundschule, 1 x Gaisental-Grundschule) werden 2 Stellen mit einem Umfang von jeweils 31 %, insgesamt somit 62 % einer Vollzeitstelle ab September 2013 genehmigt (Kosten: 7.300 Euro).
6. Für den Umbau und die Einrichtung der Hortgruppe in der Birkendorf-Grundschule wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 200.000 Euro bewilligt. Davon entfallen auf:

HSt.	
1.2111.500000	120.100 €
1.2111.522000	9.200 €
2.2111.935300-900	15.500 €
1.2910.522000	23.800 €
1.2910.592000	4.900 €
2.2910.935000-900	26.500 €
Gesamt:	200.000 €

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben werden Mittel in gleicher Höhe aus der allgemeinen Rücklage entnommen.

7. Für die Einrichtung einer weiteren Hortgruppe in der Gaisental-Grundschule wird eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 35.300 Euro bewilligt. Davon entfallen auf:

HSt.	
1.2910.522000	7.700 €
1.2910.592000	6.500 €
2.2910.935000-900	21.100 €
Gesamt:	35.300 €

Zur Deckung der überplanmäßigen Ausgaben werden Mittel in gleicher Höhe aus der allgemeinen Rücklage entnommen.

**TOP 3 Neubau Räumliches Bildungszentrum
Beschränkter Wettbewerb "Kunst am Bau"
Wettbewerbsergebnis und weiteres Vorgehen**

18/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 18/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und jeweils mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 21.02.2013 und im Hauptausschuss am 25.02.2013.

Es wird auf die öffentlichen Vorberatungen verwiesen.

Die Freien Wähler beantragen getrennte Abstimmung über die Arbeiten.

Die Arbeit von Barbara Hindahl wird bei 2 Enthaltungen (StRe Hagel, Walter) und restlichen Ja-Stimmen angenommen.

Die Arbeit von Albrecht Schäfer wird bei 3 Nein-Stimmen (StRe Goeth, Rieger, Zügel) und restlichen Ja-Stimmen angenommen.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Die Arbeiten von Barbara Hindahl, "dimensional", und Albrecht Schäfer, "Brache e.V.", mit einem Gesamtaufwand für Kunst am Bau (incl. Wettbewerbskosten) in Höhe von ca. 100.000 Euro werden realisiert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 10/2013 mit der vorbereitenden Untersuchung "Innenstadt Südwest" zur Beschlussfassung vor. Die Vorbereitung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 21.02.2013.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Den Vorbereitenden Untersuchungen "Innenstadt Südwest" wird zugestimmt.**
- 2. Die der Drucksache Nr. 10/2013 beiliegende Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebiets "Innenstadt Südwest" wird beschlossen.**
- 3. Gemäß § 142 Abs. 3 BauGB wird für das Sanierungsgebiet "Innenstadt Südwest" eine Durchführungsfrist bis zum 31.12.2022 festgelegt.**
- 4. Für die Bezuschussung von privaten Modernisierungsmaßnahmen wird ein Fördersatz von 20 % der förderfähigen Kosten gewährt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 11/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 21.02.2013.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein und weist darauf hin, dass man das Areal der Kreissparkasse aus dem Rahmenplan für das Gesamtareal aus Zeitgründen herausgebrochen habe.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes vom 14.01.2013, Plan Nr. 13-005 bandiert umrandeten Bereich wird der Bebauungsplan "Zeppelinring Ost III" auf der Grundlage von § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13 a BauGB aufgestellt.**

- 2. Die Inhalte des Wettbewerbsentwurfs des Architekturbüros Braunger + Wörz, Ulm werden dem Bebauungsplan "Zeppelinring Ost III" zu Grunde gelegt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 12/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 25.02.2013.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss wird neu besetzt. Als Vertreter der FW-Fraktion wird Stadträtin Marlene Goeth zum ordentlichen Mitglied und Stadtrat Friedrich Zügel zum stellvertretenden Mitglied benannt. Die übrigen Positionen bleiben unberührt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 3/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 25.02.2013.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Zinssatz für die Berechnung der kalkulatorischen Zinsen wird ab 01.01.2013 auf 3,75 % festgesetzt.**
- 2. Beim Anlagekapital ist bei der Verzinsung grundsätzlich von Restbuchwerten auszugehen. Altanlagen, die bisher nach der Durchschnittswertmethode verzinst wurden, werden im Zuge der Vermögensbewertung auf die Restbuchwertmethode umgestellt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 17/2013 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 21.02.2013.

BM Kuhlmann führt kurz ins Thema ein und lässt wissen, als ersten Schritt habe man versucht, anhand bestimmter Parameter zu beschreiben, welche Maßnahmen erforderlich seien und zu welchen Kosten dies führe. Ein Gebäudesanierungskataster sei aber nicht mit einem Straßenkataster vergleichbar, da Straßen im Gegensatz zu Gebäuden ähnlich aufgebaut und leicht beschreibbar seien. Gebäude stammten dagegen aus verschiedenen Bauzeiten mit unterschiedlichen Techniken und Ausstattungen, seien daher eigentlich nicht vergleichbar. Um Gebäude vergleichen zu können, müsse tiefer in die Materie eingestiegen werden, was im genannten Umfang nicht leistbar sei. Ein weiteres Problem sei, dass man zwar darstellen könne, was energetisch sei und was nicht, manche Gebäude seien aber energetisch gut und dennoch sanierungsbedürftig. Daher sei für eine Entscheidung immer eine Gesamtabwägung erforderlich. Das Gebäudemangement habe eine Gesamtschau versucht, um im Rahmen der Haushaltsberatungen Maßnahmenvorschläge unterbreiten zu können. Das Gebäudesanierungskataster sei daher eine wichtige Datengrundlage, nehme aber nicht alle Arbeit ab.

StR Abele meint, es stecke viel Arbeit in der Vorlage und es sei ein Zwiespalt zwischen notwendigen Sanierungen und energetischen Sanierungen erkennbar. Benötigt werde ein ausgewogener Mix zwischen allen Sanierungen und man dürfe nicht den Fokus auf energetische Sanierungen setzen. Vielmehr brauche man Lösungen in der Breite.

Die CDU-Fraktion stelle eine starke Orientierung auf Pelletheizungen fest, was vermutlich an der Energieagentur liege. Daher wolle man mahnen, die Thematik nicht einseitig zu betrachten, da auch der Holzpreis ansteige.

StR Keil meint, Gebäude müssten in den Stand gesetzt werden, dass sie weiterhin gut genutzt werden könnten und dem Stand neuzeitlicher Technik, was die Energieversorgung betreffe, entsprächen. Den Ansatz, den allgemeinen Sanierungszustand und energetische Sanierungen zu verknüpfen bezeichnet er als interessant. Insgesamt sei dies eine immense Aufgabe, die Personal erfordere, weshalb man die zuständigen Stellen auch entsprechend ausstatten müsse.

StR Rieger meint, Einzelfallbeurteilungen seien immer erforderlich. Die Amortisation von Maßnahmen dürfe nicht der Grundtenor sein, es müsse aber bei allen Investitionen darauf geachtet werden, dass sie der Umwelt gut bekämen, auch wenn sie sich nicht rechneten.

StRin Sonntag dankt für die geleistete Arbeit. Es sei bedauerlich, dass keine Objektrangfolge aufgestellt werden könne und Einzelfallentscheidungen erforderlich seien. Dabei müsse man aber immer bedenken, dass Heizenergie teurer werde, was Amortisationsrechnungen verändern könne.

StR Braig bezeichnet es als wichtig, jeden Einzelfall exemplarisch zu rechnen.

StR Funk fügt an, dabei müsse man auch über Neubau oder Sanierung entscheiden beziehungsweise dies so rechtzeitig prüfen, dass auch Standortentscheidungen rechtzeitig getroffen werden könnten, da ein Neubau nicht immer am selben Standort sein müsse wie eine bestehende Einrich-

tung. Er halte eine 100prozentige Gebäudebestandsliste für erforderlich. Für Investitionen seien die Frage der Finanzierung und der Leistbarkeit entscheidend und im Zweifel solle das Objekt gewählt werden, das mehr CO₂-Ersparnis bringe.

OB Zeidler sieht im Gebäudesanierungskataster einen wichtigen Beitrag zum Thema nachhaltige Stadt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Neben den Maßnahmen aus den Klausurbeschlüssen 2011 wird die Verwaltung beauftragt die mit Gesamtpriorität 1 in Spalte 17 des Gebäudesanierungskatasters (Anlage 1 von Drucksache Nr. 17/2013) aufgeführten Maßnahmen im Detail weiterzuentwickeln und dem Gemeinderat im Rahmen der Mittelbereitstellung zur Entscheidung vorzulegen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 28/2013 zur Beschlussfassung vor.

OB Zeidler führt aus, Wirtschaftsförderung sei primär Chefaufgabe, dennoch benötige man einen qualifizierten Wirtschaftsförderer, der beim Finanz- und Wirtschaftsdezernat angesiedelt sein solle. Hierin sei er mit EBM Wersch einig und auch darin, dass es keine Stabsstelle sein solle.

StR Hagel zeigt sich dankbar, dass der Antrag so schnell aufgegriffen worden sei. Eine Verzahnung zwischen Liegenschaftsamt und Wirtschaftsförderung bezeichnet er als nachvollziehbar und als wichtig, dass eine Einbindung in eine Abteilung erfolge. Dankbar sei man auch, dass in die Ausschreibung die Anregung eines konzeptionellen Aufbaus des Technologiezentrums aufgenommen worden sei, von dem sich die CDU-Fraktion fruchtbare Ergebnisse erhoffe. Die CDU-Fraktion stimme zu.

StRin Kübler bemerkt, Wirtschaftsförderung sei ein großes und wichtiges Aufgabenfeld, das Unterbau erfordere. Dass das Bewerbungsende mitten in die Osterferien falle, sei nicht so günstig, weshalb die SPD-Fraktion anrege, es eine Woche später zu legen. Ferner solle man auch in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Süddeutschen Zeitung oder der ZEIT als ein größeres Medium ausschreiben.

OB Zeidler und EBM Wersch signalisieren, dass sie sich mit einer Verschiebung sowie einer Ausschreibung in einem weiteren überregionalen Medium anfreunden könnten.

StRin Goeth bezeichnet die Zusammenlegung von Wirtschaftsförderung und Amtsleitung Liegenschaft als gute Lösung, da ein Unterbau wichtig sei.

StR Späh schließt sich dem an und fragt, warum keine Vorberatung im Hauptausschuss vorgesehen sei.

Herr Simon lässt wissen, früher habe man den Hauptausschuss bei der Vorauswahl vorgeschaltet und oft das Problem gehabt, keine vier oder fünf wählbaren Kandidaten zu haben. Habe man nur zwei oder drei wählbare Bewerber, halte man den Gemeinderat für ausreichend.

StR Späh fände ungeachtet dessen zwei Vorstellungsrunden gut, worauf OB Zeidler signalisiert, dass die Fraktionen gerne bei den Vorstellungsgesprächen dabei sein könnten, man solle aber die Bewerberlage abwarten.

StR Funk dankt EBM Wersch, dass nun die langen Probleme mit dem Liegenschaftsamt der Vergangenheit angehörten und signalisiert Zustimmung. Er bezeichnet es als wichtig, Wirtschaftsförderung als Chefaufgabe anzusehen. Dabei müsse man kleine und große Unternehmen gleich behandeln. Für diese Stelle benötige man eine absolute Spitzenkraft. Er spricht sich für die Frankfurter Allgemeine Zeitung als zusätzliches Ausschreibungsmedium aus.

StR Zügel erkundigt sich nach dem Schwerpunkt bei der Bewerberauswahl worauf OB Zeidler erwidert, Wirtschaftsförderung habe für ihn erste Priorität.

EBM Wersch fügt an, am Ende sei es entscheidend, eine gute Persönlichkeit zu haben, die die Position in die eine oder andere Richtung entwickle. Der Schwerpunkt sei sicher auf der Wirtschaftsförderung, aber auch die Liegenschaften seien wichtig. Der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft sei nur ein Annex.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Stelle eines Wirtschaftsförderers und Leiters des Liegenschaftsamtes wird ausgeschrieben. Die Ausschreibung erfolgt auch in einem überregionalen Medium und das Bewerbungsverfahren wird entzerrt.

**TOP 10.1 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung gefassten
Beschlusses**

7/2013

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 7/2013 zur Information vor.

Damit ist der nichtöffentlich gefasste Beschluss öffentlich bekannt gegeben.

Dem Gemeinderat liegen die Drucksache Nr. 37/2013 sowie die zugehörigen Anträge der Fraktionen zur Beratung vor. Sie sind als **Anlagen** angeschlossen.

StR Zügel erklärt sich bei Beratung des ersten Antrags – Umbenennung der Hindenburgstraße – für befangen und verlässt den Sitzungstisch.

OB Zeidler meint, er wolle einmal mit dem Ältestenrat über das Verfahren zum Umgang mit Anträgen sprechen.

**1. Umbenennung der Hindenburgstraße
- Antrag der Grünen-Fraktion, Nr. 3/2013**

StR Späh nennt als Begründung für den Antrag der Grünen auf Umbenennung der Hindenburgstraße die Machtergreifung Hitlers vor 80 Jahren als Anlass. Man wolle ein deutliches Zeichen gegen diese falsche Ratsentscheidung setzen. Es gehe um eine politische Aussage und ein Signal.

StR Walter bezeichnet den Zeitpunkt als sinnvoll. Man habe aber vor zwei Jahren die Anlieger zur Straßenumbenennung befragt und fast 50 Bürger hätten sich zurückgemeldet und die Straßenumbenennung abgelehnt. Da man immer von Bürgerbeteiligung spreche, müsse man diese Meinung dauerhaft ernst nehmen und dürfe nicht so tun, als wären sie anderer Meinung. Die CDU-Fraktion stimme daher dem Antrag nicht zu. Den Ergänzungsantrag, entstehende Kosten für die Anlieger durch die Stadt zu übernehmen bezeichnet er als unverständlich und es erscheine kritisch, eine Meinungsänderung erkaufen zu wollen.

StR Lemli führt aus, die SPD-Fraktion tue sich mit dem Namen Hindenburgstraße schwer und könne sich eine Umbenennung vorstellen. Er dankt der Verwaltung für die kurze Stellungnahme, auch wenn die SPD-Fraktion mit der Begründung nicht einverstanden sei. Die damalige Befragung sei auf einem anderen Hintergrund erfolgt. Er plädiert für eine erneute Befragung und meint, diese würde sicher ein anderes Ergebnis bringen. Den Ergänzungsantrag bezeichnet er als aus der Luft gegriffen, denn die Kosten seien nicht bezifferbar, da dort sehr unterschiedliche Menschen wohnten und die Straßenumbenennung insbesondere für Firmen sicher aufwendig wäre.

StRin Goeth schließt sich den Ausführungen der CDU-Fraktion an und meint, die Freien Wähler wollten die Bürger nicht bevormunden.

StR Funk führt aus, es sei seit Jahren Meinung der Gemeinderatsmehrheit, keine Straßenumbenennung durchzuführen, auch wenn man für neue Namen etwas suche. Er meint, die unterschiedlichen Historiker müssten gehört werden. Der Ergänzungsantrag erscheine lächerlich.

StR Späh verwahrt sich gegen den Vorwurfs des Stimmenkaufs. Gedacht sei nur daran, den Aufwand etwas zu kompensieren. Er meint, die Bevölkerung insgesamt müsste befragt werden, da es sich um eine politische Entscheidung handle.

StR Keil bemerkt, mit Straßennamen erinnere man auch an die Schattenseiten der Geschichte und könne damit auch an falsche Entscheidungen erinnern.

StRin Goeth schlägt vor, das Straßenschild mit einem Ergänzungsschild zu versehen, um den Sachverhalt darzulegen.

StR Abele mahnt, eine Bürgerbefragung gut zu überlegen, da man diese Frage nicht global beurteilen könne, sondern die Anwohner besonders von einer Veränderung betroffen wären. Geschichte bleibe auch nur lebendig, wenn man sich konstruktiv mit ihr auseinandersetze.

Dann tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Mit 5 Ja-Stimmen (StRe Drews, Dr. Schmid, Sonntag, Späh, Weber), 5 Enthaltungen (StRe Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding) und restlichen Nein-Stimmen lehnt der Gemeinderat den Antrag der Grünen auch mit dem Ergänzungsantrag auf Umbenennung der Hindenburgstraße ab.

2. Bezahlbarer Wohnraum; Gesprächssuche mit den Baugenossenschaftn - Antrag der SPD-Fraktion, Nr. 4/2013

StR Zügel nimmt wieder am Beratungstisch Platz.

StRin Kübler führt aus, man sei mit der Baugenossenschaft an einem Tisch gesessen und habe über Lösungen verhandelt. Wenn jedoch kein akzeptables Ergebnis erzielt werde, müsse der Gemeinderat entscheiden, wie viel Geld für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt werde. Es handle sich um Daseinsvorsorge und eine zeitnahe Entscheidung sei erforderlich.

StR Hagel bezeichnet Gespräche grundsätzlich als sinnvoll. Die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum sei groß. Es sei aber nicht richtig, von gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaften zu sprechen, wie dies erfolgt sei, da es sich um privatwirtschaftliche Unternehmen und Privatanbieter handle, von denen man keine Sozialleistungen erwarten dürfe. Daher seien Gespräche erforderlich, wie dieses Agieren korrigiert werden könne. Auch er stelle sich dies schwierig vor, schon was die Prüfung der Sozialbedürftigkeit betreffe. Bisher entscheide das Sozialamt, wer bedürftig sei.

Auch StRin Goeth hält Gespräche für sinnvoll, zeigt sich aber verärgert über den Antrag und appelliert, ihn zurückzuziehen, da ein inhaltsgleicher Antrag im Dezember im Rahmen der Haushaltsplanberatungen von der CDU-Fraktion gestellt worden sei. Daraufhin habe die Verwaltung Gespräche zugesagt. Es könne nicht sein, dass alle Anträge immer nochmals gestellt würden.

StR Späh bezeichnet den SPD-Antrag zu einem Runden Tisch als sinnvoll.

StR Funk ist wie StRin Goeth verärgert. Er werde dem Antrag zwar zustimmen, dieser verletze aber die Spielregeln. Das Thema sei auch ohne Anträge permanent auf der Agenda des Gemeinderats über den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft, in dessen jährlichem Bericht man auch über den Wohnungswechsel informiert werde und immer die Botschaft erhalte, dass keine gravierenden Wechsel stattfänden. Was die Not nach bezahlbarem Wohnraum betreffe gehe es nicht nur um Biberach, sondern auch um die Umgebung. Man müsse sich die Frage stellen, ob es sich um eine städtische Aufgabe handle. Früher sei vom Bund eine Objektförderung erfolgt und dann sei zu einer Subjektförderung gewechselt worden. Er hebt darauf ab, dass im Talfeld 12 Wohnungen zu diesem Thema vorgesehen seien, wobei teure Pläne vorgestellt worden seien. Er wirft die Frage auf, ob vielleicht an anderer Stelle mehr günstigere Wohnungen erstellt werden könnten.

StR Abele bringt sein Unverständnis zum SPD-Antrag zum Ausdruck, was die Einrichtung eines Runden Tisches betreffe.

StR Zügel meint, die Diskussion gehe am Ziel vorbei. Wenn politisch gewollt sei, dass die Kommune in den Wohnungsmarkt eingreife und dort tätig werde, sei dies eine politische Entscheidung zu Lasten der Steuerzahler und ein Eingriff in einen normal funktionierenden Markt. Der Hospital dürfe dies nicht, da es das Stiftungskapital gefährdete.

StRin Kübler stellt klar, gewollt sei bezahlbarer Wohnraum und nicht sozialer Wohnungsbau. Sie habe den Eindruck, SPD-Anträge würden immer zeitlich nach hinten verschoben.

OB Zeidler schlägt vor, das Thema in der Agenda etwas nach vorne zu ziehen und zeigt sich guten Mutes, dass man bald eine Basis für eine gute Diskussion habe.

Bei 1 Nein-Stimme (StR Braig), 5 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen wird der SPD-Antrag angenommen. Damit wird die Verwaltung beauftragt, mit regionalen Wohnungsbaugenossenschaften das gemeinsame Gespräch zu suchen, um Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, wie und mit welchen Instrumenten der Anteil von bezahlbarem Wohnraum in der Stadt Biberach erhöht werden kann. Diese werden dem Gemeinderat dann zur Beschlussfassung vorgelegt.

3. Resolution zum Thema "Fracking" - Antrag der Grünen-Fraktion, Nr. 6/2013

StR Funk bringt zum Ausdruck, dass er es begrüßen würde, den Antrag entsprechend der Stellungnahme der Verwaltung umzuformulieren. Er könne auch einer Resolution zustimmen, sofern überhaupt ein Entscheidungsrecht auf kommunaler Ebene zum Thema bestehe.

StR Keil spricht sich gegen einen Resolutionstext aus und bezeichnet die Aussage der Verwaltung als ausreichend.

Grundwasserschutz sei wichtig, erklärt StR Zügel, man solle sich aber mit kommunalen Aufgaben beschäftigen.

StR Herzhauser kündigt an, der Resolution zuzustimmen.

StR Braig gibt zu bedenken, dass das Genehmigungsrecht über das Bergbaurecht und damit Bundesrecht gehe. Er gibt zu bedenken, dass in Biberach erst Vorprüfungen am laufen seien.

Bei einer Nein-Stimme (StR Braig) und restlichen Ja-Stimmen stimmt der Gemeinderat der Stellungnahme der Verwaltung zu, wonach Fracking nach derzeitigem Erkenntnisstand abzulehnen ist.

4. Resolution "Wasser ist Menschenrecht" - Antrag der Grünen-Fraktion, Nr. 7/2013

StR Späh begründet den Antrag.

StR Abele meint, man könne im Grundsatz zustimmen, wobei die CDU-Fraktion sich Anträge nicht von ihrer Landespartei diktieren lasse. Diese Themen hätten nichts auf Gemeindeebene zu su-

chen. Angesichts der neuesten Entwicklungen auf europäischer Ebene sehe man jedoch, dass das Thema "aufgebohrt" werde.

Dass Wasser Menschenrecht sei, sei schon immer klar, meint StR Lemli. Er habe Probleme mit Resolutionen, die von der Landes- oder Bundespartei kämen und wehre sich dagegen, diese eins zu eins zu übernehmen. Sinn einer Resolution sei es, ein klares Zeichen zu setzen, aus diesem Grund könne die SPD-Fraktion zustimmen.

StR Zügel meint, Ziel der Freien Wähler sei es angesichts der Vorgänge am Binnenmarkt, die Hoheit der Stadt über das Wasser zu behalten. Der Inhalt der Resolution sei daher in Ordnung.

StR Funk schließt sich zum Thema Resolution und Wahlkampf seinen Vorrednern an. Er werde sich enthalten, da er der Resolution im Ganzen nicht zustimmen könne. Natürlich müssten alle Sorge tragen, für sauberes Wasser zu sorgen. Hier sei jedoch ein gutes Stück Heuchelei dabei. Vor 13 Jahren sei gegen der Willen der FDP-Fraktion Wasser und Gas aus der Stadt ausgegliedert worden.

Bei einer Nein-Stimme (StR Braig), 2 Enthaltungen (StRe Bode, Funk) und restlichen Ja-Stimmen spricht sich der Gemeinderat für den Antrag zur Resolution "Wasser ist Menschenrecht" aus.

TOP 11.1 Verschiedenes - Harlem Shake

OB Zeidler lässt wissen, er habe durch Zufall am Freitag der Vorwoche erfahren, dass ein junger 18jähriger beabsichtige, einen Harlem Shake auf dem Gigelberg zu veranstalten. Im Vorfeld habe dieser keinen Kontakt mit der Verwaltung aufgenommen. Man habe diese Veranstaltung untersagt, da zeitgleich das Jugendsinfonieorchester in der Gigelberghalle konzertiert habe. Dies sei für ihn der einzige Grund zur Absage gewesen. Wenn eine derartige Veranstaltung stattfinden solle, sollte sie genehmigt sein. Hierfür bezeichnet er es als hilfreich, wenn im Vorfeld Kontakt mit der Verwaltung aufgenommen würde. Die Stadt habe nichts gegen ein halbstündiges Tanzen in friedlicher Absicht.

Er widerspricht Gerüchten, wonach es im Rahmen dieses Themas einen Hubschraubereinsatz und Zugangskontrollen zur Sicherstellung der Untersagung gegeben habe. Abschließend vermittelt er die Botschaft, Harlem Shake sei auch in Biberach willkommen und wer ein derartiges Event vorbereiten wolle, könne sich mit der Stadt in Verbindung setzen.

TOP 11.2 Verschiedenes - Windenergie

StR Späh begrüßt den Antrag der CDU zum Thema Windenergie. Ein Wermutstropfen sei die Aussage von Herrn Mastiaux von der EnBW, wonach Windenergie nicht mehr praktikabel sein werde, wenn Minister Altmaier die Zuschüsse weiter reduziere.

Damit ist die öffentliche Sitzung beendet. Von 19:55 Uhr bis 20:10 Uhr findet eine Vesperpause statt. Danach wird nichtöffentlich weiterverhandelt.

Gemeinderat, 04.03.2013, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender: OB Zeidler

Stadtrat: Hagel

Stadtrat: Keil

Schriftführerin: Appel

Gesehen: EBM Wersch

Gesehen: BM Kuhlmann